

Kommunal-Angelegenheiten.

Die Möglichkeiten der Bürgerfront.*)

Zwei Artikel:

Von Dr. Franz Garver.

II.

Bei der Untersuchung der Möglichkeiten der Bürgerfront bei den bevorstehenden Budapestener Kommunalwahlen muß vor allem von der Voraussetzung ausgegangen werden, daß man mit einem allgemeinen Wahlrecht und der geheimen Abstimmung zu rechnen hat. Selbst bei der konservativsten Neigung der zuständigen Faktoren ist es ja schlechterdings ausgeschlossen, daß das bereits erteilte Wahlrecht eine derartige Rückentwicklung erführe, die ihm das Wesen der Allgemeinheit nehmen würde. Noch weniger ist zu erwarten, daß die seit dem Bestande der Hauptstadt immer schon in Geltung befindliche geheime Abstimmung abgeschafft werden könnte. Die Wahlgeometrie, besonders wasfern sie, wie im Wahlsystem der letzten Kommunalwahlen, gewissen Wahlbezirken Pluralitätsbegünstigungen zukommen läßt, kann zwar hinsichtlich des Zuzugkommens der verschiedenen Schichten der Einwohnerschaft bedeutende Verschiebungen herbeiführen, doch bezüglich des Kerns des behandelten Problems ist sie irrelevant.

Prinzipiell und im weitesten Sinne umfaßt die bürgerliche Front alle jene Wähler, die auf bürgerlicher Plattform stehen; als Kampffront bedeutet sie eine Stellung den außerbürgerlichen Organisationen und Gruppen gegenüber. Die Zusammenfassung der ganzen Bürgerschaft kann jedoch nur eine zeitweilige sein; sie wird, meist mittels vereinbarter oder stillschweigender Koalitionen, besonders für eine gegebene Wahlkampagne, zustande gebracht, wenn die gemeinsamen Interessen der Bürgerschaft im Urteil und Empfinden die Sonderinteressen überwältigen, weiter, wenn außerbürgerliche Gegner vorhanden sind und das Gefühl der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes nach außen die inneren Spaltungen zu überbrücken vermag. Alle diese Voraussetzungen scheinen gegenwärtig mehr oder weniger zu bestehen, und folglich könnte die Gestaltung einer einheitlichen bürgerlichen Kampffront angestrebt werden, natürlich nur unter einer Fahne, die die Befriedigung der gemeinsamen Interessen der Gesamtbürgerschaft verkündet und mit einem Jubelruf, der an jeden gerichtet ist, der sich als Bürger bekann, und an jede Organisation, die auf einer bürgerlichen Grundlage steht.

Doch vorerst wäre noch ein anderes Problem zu lösen: Die Zusammenfassung der bisher nichtorganisierten bürgerlichen Elemente. Gelingt es endlich, dieses so oft erfolglos versuchte Werk, vielleicht in der letzten noch möglichen Stunde, zu vollbringen, so könnte die Bürgerschaft die Wirkung des ausgleichenden Geistes der Demokratie, wenn nicht anders, so in der Rolle eines Züngleins an der Waage, retten, und es wäre auch der Kern für eine mögliche Entwicklung einer zeitweiligen großen bürgerlichen Einheitsfront gewonnen. Anderenfalls wird sich in der absehbaren Zukunft voraussichtlich das aufregende Schauspiel der Rechts- und Linksparteien einstellen.

Nun wollen wir versuchen, die Möglichkeiten der Bürgerfront im Konkreten zu ermitteln.

Die Einwohnerschaft der Hauptstadt zeigt gegenwärtig politisch folgende Schichtung: Die Bürgerschaft zerfällt in zwei organisierte und zwei nichtorganisierte Gruppen. Parteien, die bei den letzten Wahlen keinen einzigen Kandidaten durchbringen konnten, glaube ich hier übergeben, beziehungsweise deren Anhänger in die nichtorganisierten Gruppen einreihen zu dürfen. Die organisierten Gruppen sind: die christlichen Parteien, sofern sie sich nicht auf eine rassenschützlerische Plattform stellen, und die Demokratenpartei. Unorganisiert, doch genau unterscheidbar, sind: einerseits die mehr oder weniger liberalen und einen Klassenstandpunkt einnehmenden Angehörigen des besitzenden Mittelstandes, andererseits der fortschrittliche Teil der Bürgerschaft, soweit er nicht der Demokratenpartei angehört. Die auf der Grundlage der bürgerlichen Rechtsgleichheit stehenden christlichen Parteien sind rein demokratische Parteien mit konservativer Weltanschauung; die Demokratenpartei ist ein fortschrittlich orientiertes demokratisches Gebilde, doch mit der ausgesprochen persönlichen Note ihres Führers. Außerhalb der Bürgerschaft stehen: rechts die Rassenschützer, links die Sozialdemokratie.

Es ist nun klar, daß die ganze zukünftige kommunalpolitische und im weiteren auch die landespolitische Konstellation in Budapest davon abhängt, ob der nichtorganisierte Teil der Bürgerschaft in eine Einheit zusammengefaßt werden kann oder nicht? Wenn ja, dann kann der vereinten liberalen und fortschrittlichen Bürgerschaft, gemäß ihrer Mittellage und nicht weniger ihres inneren Wertes, selbst wenn sie auf dem Forum die Minderheit bildet, die entscheidende, also die Führerrolle, noch zufallen. Wenn nicht, dann werden diese Schichten, je nach ihrer Gesinnung, nach rechts und links abgelenkt werden, und wir bekommen die stetige Kampffront Rechts-Links. Ich scheue mich nicht, offen auszusprechen, daß alles aufgegeben werden sollte, damit das zweitgenannte Ergebnis, wenigstens im Bereiche der Kommunalpolitik, vermieden werden könne. Doch hat dies mancherlei Voraussetzungen, die zu erkennen man sich ein unbefangenes Auge bewahren muß.

So muß vor allem der Illusion entsagt werden, daß die Organisation der noch freien Schichten der Bürgerschaft auf dem altbewährten Wege über das „Bezirkshauptlingtum“ erreicht werden könnte. Dieses System verdankte seine Erfolge dem eingeschränkten Wahlrecht, der Maschinerie der einheitlichen Wählerliste, der ständigen Einflußnahme der „Hauptlinge“ auf den Gang der Stadtverwaltung und der unablässigen Kultivierung der Wähler. All dies fehlt heute. Der Wählerkreis der zukünftigen Kommunalwahlen ist noch unbekannt; eine Bearbeitung, geschweige denn eine fürsorgliche Pflege des Wählergemütes, ist bei einem wie immer gearteten allgemeinen Wahlrecht von vornherein unmöglich; die alten Führer der Wahlmaschine haben die Fühlung mit dem Verwaltungsapparat der Stadt beinahe ganz verloren; soweit sie im neuen Regime gewählt wurden, verblieben sie ja selbst fast ganz in Passivität; der größte Teil der heutigen Wähler stammt nicht nur aus einer ihnen meist ganz fremden Schichte, sondern vielfach einer ganz neuen, ihnen unbekanntem Generation. Bei dieser Flut von Wählern kommt man überhaupt durch Rudern kaum vorwärts; hier muß man Segel spannen und den Volkswillen einfangen. Augenblicklich bedarf es daher nicht so sehr der Wahlmacher, als der Publikaums Kandidaten.

Die Zusammenfassung der noch nicht organisierten bürgerlichen Schichten ist natürlich nur möglich, wenn ihr eine

gesamtbürgerliche Plattform zugrunde gelegt wird, die es allen nichtorganisierten fortschrittlichen Bürgern ermöglicht, der vereinigenden Organisation beizutreten. Ohne den Anschluß der breiten Schichten der fortschrittlich-bürgerlichen Elemente würde übrigens nicht nur die angestrebte Einheit nicht zustande kommen; sondern eine neue Bürgerpartei, die sich auf eine eigene Basis stellt, dürfte nach den Ergebnissen der letzten Wahlen nur mit einem sehr mäßigen Wahlerfolg rechnen können. Ob es in diesem Falle zur Konstituierung einer bürgerlichen Fortschrittspartei kommen würde, ist natürlich fraglich; hingegen darf man als gewiß annehmen, daß die Stimmen der fortschrittlichen Schicht der Bürgerschaft für die reservierten liberalen Bürgerparteien unbedingt, möglicherweise aber, wenigstens zum Teil, auch für das Bürgertum verloren gehen werden. Die sich mit dem Plane der Gründung einer neuen kommunalen Bürgerpartei befassen, sollten nicht vergessen, daß der bisher nicht organisierte Teil der fortschrittlichen Bürgerschaft die alleinige noch freie Stimmenmasse bedeutet. Für eine engherzige Mittelstandspolitik sind diese Stimmen sicherlich nicht zu haben, doch können sie für eine Aktion der Gesamtbürgerschaft wahrscheinlich gewonnen werden.

Ein Ansinnen, die als zusammenfassend gedachte neue bürgerliche Kommunalpartei als ausgesprochene Regierungspartei zu konstituieren, müßte ebenfalls die Vereinigungsbestrebungen zum Scheitern bringen und würde die Wirksamkeit einer solchen Partei auch sonst bedeutend begrenzen. Es ist überhaupt nicht richtig, die Kommunalpolitik sekundär auf die Linien der Landespolitik aufzubauen. Das Gebiet der modernen Städtepolitik ist dermaßen umfangreich und mannigfaltig, ihre Aufgaben sind so gewaltig, daß sie eine genügend breite Grundlage bieten, um das kommunalpolitische Verhalten der Stadtbevölkerung danach zu organisieren. Auch soll die Vertretung der kommunalen Interessen dem Staate gegenüber nicht den Wechselfällen der Landespolitik ausgesetzt sein, wie es der Fall wäre, wenn die Stadtvertretung ein einfaches Spiegelbild des Bestandes der politischen Landesparteien sein würde. Ueberdies sprechen noch zwei taktische Gründe gegen eine derartige Kombination. Die gegenwärtige Regierung verkörpert, trotz ihres Namens, nicht jene Einheit, die gegenüber einer kommunalpolitischen sachlichen Plattform Vorteile bieten könnte. Dann, wo man so traurige Erfahrungen darüber hat, wie schwierig es ist, die naturgemäß heterogenen Elemente der Bürgerschaft zusammenzuschweißen, ist es vielleicht doch zweckdienlicher, dieser Arbeit nicht noch politische Hindernisse von prinzipieller Kraft entgegenzustellen.

Auf was für eine Wirkung könnte eine liberalfortschrittliche kommunale Bürgerpartei rechnen? Jedenfalls würde sie den größten Teil der bisher nicht organisierten Bürgerschaft an sich ziehen. Sie könnte auch eine gewisse Anziehungskraft auf die bestehenden Parteien ausüben. Am wenigsten auf die Demokratenpartei, mit der sie ja sachlich auf gleicher Plattform stünde. Die Werbekraft der Demokratenpartei ist sowohl in positiver wie in negativer Richtung durch die Eigenschaften ihres Führers begrenzt. Es können ihr Anhänger kaum entzogen werden, andererseits wird sie den Stand ihrer Wähler über das bisher erreichte Maß nie wesentlich erhöhen können. Daß sie ihre selbständige Stellung nicht aufgibt, ist nicht nur aus persönlichen Motiven zu erklären. Wir dürfen nicht übersehen, daß der außerhalb der Demokratenpartei stehende Teil der liberalfortschrittlichen Bürgerschaft den Beweis seiner Organisationsfähigkeit noch nicht geliefert hat. Der neuen Bürgerpartei würden sich also eigentlich zwei Eroberungsgebiete geben: die christlichen Parteien und die Sozialdemokratie, von jenen könnte sie die Ernüchterten, von dieser die bürgerlichen Mitläufer zurückerobern; die erste Aufgabe siele dem rechten, die zweite dem linken Flügel der Partei zu. Und in einer Zeit äußerster Gefahr bei der bürgerlichen Gesellschaft könnte sie noch die Koppelung zu einer Zusammenschließung der ganzen Bürgerfront herbeiführen.

Das Problem der Organisation der Bürgerschaft hatte in Ungarn kein glückliches Schicksal. Jahrzehnte hindurch hatte niemand ein Interesse dafür, noch weniger einen ernstlichen Willen zu seiner Lösung. Als dann die Geschehnisse drängten, wurde hin- und hergeschickt. Nun höre sich wieder einmal Gelegenheit, an die Lösung heranzugehen zu können; diesmal schon im Besitze belehrender Erfahrungen und mit der Mühe für ruhig erwägende Bodachtksamkeit. Wir wollen hoffen, daß man sich diese Gelegenheit nicht wieder einmal entgleiten läßt.

*) S. Abendblatt des Pesther Lloyd vom 4. Oktober.